



Nr. 45

30. November 2016

Inhalt

[dbb gehört zu Erstunterzeichnern des Manifests „Haltung zählt“](#) +++

[Arbeit 4.0: Flexibel heißt nicht grenzenlos](#) +++

[Bildung und Finanzen: dbb Branchentage fortgesetzt](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb berlin zum Koalitionsvertrag: Stellenwert des öffentlichen Dienstes ist gewachsen](#) +++

[Sachsen-Anhalt: Landtag beschließt verfassungsgemäße Besoldung](#) +++

[Neufestsetzung der Erfahrungsstufen: DBB NRW rät Beamten zur individuellen Prüfung](#) +++

[Thüringen: Gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften für Regelschullehrkräfte](#) +++

[dbb Hessen warnt vor „Blauer Plakette“](#) +++

[VBE: Es fehlt ein bildungspolitisches Gesamtkonzept](#) +++

[Gesetz gegen Schwarzarbeit: BDZ fordert weitere Verbesserungen](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

dbb gehört zu Erstunterzeichnern des Manifests „Haltung zählt“

(dbb) Der dbb gehört zu den Erstunterzeichnern des Manifests „Haltung zählt“, mit dem der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V. (BLLV) an die Öffentlichkeit appelliert, sich aktiv gegen Hass, Aggression und Gewalt in der Gesellschaft zu wenden. Unter den 58 prominenten Erstunterzeichnern, die am 29. November 2016 auf einer Pressekonferenz in München vorgestellt wurden, ist der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt.

„Mit zunehmender Besorgnis registrieren wir eine Zunahme von Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und in unserer Gesellschaft“, sagte Dauderstädt. Dabei verschwimme die Grenze zwischen verbaler und physischer Gewaltanwendung zusehends. „Umso wichtiger erscheint es auch uns, frühzeitig einer weiteren Verrohung der Sprache entgegenzutreten“, so der dbb Chef mit Blick auf einen wesentlichen Inhalt der Resolution. „Wir unterstützen daher das Manifest, weil Anstand, Geschmack und Gewissen schon in der Schule den sozialen, ästhetischen und moralischen Rahmen für das weitere Leben zu setzen pflegen.“

„Das Fundament unserer Demokratie wird durch Hass, Aggression und Gewalt untergraben“, sagte die Präsidentin des BLLV, Simone Fleischmann, „egal, ob sich dies gegen Andersdenkende, engagierte Mitbürger, Politiker, Minderheiten, Flüchtlinge oder das sogenannte

System richtet. Wer Respekt, Wertschätzung und Interesse für andere Menschen aufgibt, stellt die Grundlagen unserer Gesellschaft in Frage und gefährdet den sozialen Frieden.“

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Manifests „Haltung zählt“ verpflichten sich, das Manifest persönlich und innerhalb ihres Umfeldes aktiv zu unterstützen. So solle die Gesellschaft besser vor Spaltung, Brutalität und Rücksichtslosigkeit geschützt und die Demokratie bewahrt werden. „Wir Lehrerinnen und Lehrer wollen, dass unsere Kinder in einer weltoffenen Gesellschaft leben. Sie sollen Respekt, Wertschätzung und Interesse für die anderen Menschen erleben und leben - unabhängig davon, welcher Religion sie angehören, welche Hautfarbe und welches Geschlecht sie haben, welche Muttersprache sie sprechen und welche Meinung sie vertreten.“

(01/45/16)

Arbeit 4.0: Flexibel heißt nicht grenzenlos

(dbb) „Den Wunsch nach mehr Freiheit bei der Gestaltung der Arbeitswelt teilen viele Beschäftigte und Arbeitgeber. Aber es muss auch zukünftig klar sein: Flexibel heißt nicht grenzenlos. Gesetzlichen Mindeststandards etwa bei der Arbeitszeit können nur gelockert werden, wenn starke Personalvertretungen und Gewerkschaften die neuen Freiräume gestalten“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach anlässlich der Abschlusskonferenz des Dialogprozesses „Arbeiten 4.0“ vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 29. November 2016 in Berlin, bei der auch das entsprechende Weißbuch vorgestellt wurde.

Zwar gäbe es einen stärker werdenden Wettbewerb um Personal in vielen Bereichen, wodurch Arbeitgeber dort ein Eigeninteresse an guten Arbeitsbedingungen hätten. Dies gelte aber längst nicht für alle Branchen und Unternehmen. Um Missbrauch auszuschließen, sei daher die Ankündigung von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zu begrüßen, ein zweijähriges Pilotprojekt für flexiblere gesetzliche Arbeitszeiten an eine wissenschaftliche Begleitung und eine tarifvertragliche Absicherung zu koppeln. Silberbach: „Es ist richtig: In der modernen Welt erscheinen die Arbeitsgesetze manchmal wie ein grobschlächtiger Säbel. Tarifverträge sind dagegen eher ein eleganter Degen. Aber auch damit kann man die Interessen der Beschäftigten gut verteidigen.“

Silberbach warnte gleichzeitig davor, zu große Erwartungen an die Digitalisierung und Modernisierung der Arbeitswelt zu wecken: „Die Debatte ist an vielen Stellen zu weit weg von der Lebenswirklichkeit, wenn es zum Beispiel um mobiles Arbeiten geht. Gerade bei uns im öffentlichen Dienst sind wir nah dran am Bürger, müssen wir rund um die Uhr verfügbar sein. Wenn ein Notruf kommt, müssen Polizei und Rettungskräfte da sein. In den Bürgerämtern und Verwaltungen wollen wir auf persönliche Betreuung und feste Öffnungszeiten nicht verzichten. Auch auf Schulen und Kitas müssen sich die Bürger verlassen können. Wenn wir auch in diesen Bereichen etwa für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sorgen



wollen, müssen wir nicht zuerst über Arbeitszeit und Mobilität reden, sondern über eine

bessere Personalausstattung.“
(02/45/16)

Bildung und Finanzen: dbb Branchentage fortgesetzt

(dbb) Mit Versammlungen von Lehrkräften sowie Beschäftigten der Finanzverwaltung hat der dbb im November 2016 seine Branchentage fortgesetzt. Dabei kommen bundesweit die Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften zu Wort, um mögliche Forderungen zur Anfang des nächsten Jahres beginnenden Einkommensrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder zu diskutieren.

Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvortrag Tarifpolitik des dbb, machte auf dem **Branchentag der Lehrkräfte am 23. November 2016 in Leipzig** klar, dass die Arbeitsbedingungen an Schulen verbessert werden müssen, damit der Lehrerberuf wieder an Attraktivität gewinnt. „Lehrerinnen und Lehrer gehen, nicht nur in Sachsen, zu Recht mit großen Erwartungen in die nächste Einkommensrunde“, sagte Russ. „Die Anforderungen an diese Berufsgruppe und ihre Leistungen sind höher denn je. Damit halten leider die Arbeits- und Einkommensbedingungen noch nicht Schritt. Für uns ist deshalb besonders die Weiterentwicklung der Entgeltordnung im Lehrkräftebereich ein wichtiges Thema. Der vom dbb mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder 2015 geschlossene Tarifvertrag bietet eine solide Grundlage.“ Spürbare Verbesserungen seien unerlässlich. „Sonst gibt es weder eine Entlastung für die derzeit tätigen Lehrkräfte, noch gelingt die Werbung um den Nachwuchs, den die Schulen so dringend brauchen“, so Russ.

Der stellvertretende Vorsitzende der dbb-Bundestarifkommission und Landesvorsitzende des Sächsischen Lehrerverbandes Jens Weichelt plädierte für die Einführung einer zusätzlichen Erfahrungsstufe in der Länder-Entgeltabelle, analog zu Bund und Kommunen. „Die Bildungsqualität in Sachsen können wir nur nachhaltig sichern, wenn die Lehrerinnen und Lehrer Anerkennung spüren“, sagte er. „Sie haben den Freistaat auf Spitzenplätze namhafter Vergleichsstudien geführt, schaffen die Integration der Flüchtlingskinder und haben in den kommenden Jahren mit der Ausbildung des Lehrernachwuchses und der Qualifizierung von Seiteneinsteigern zusätzliche Mammutaufgaben zu bewältigen.“

Auf die steigende Arbeitsbelastung wurde auch beim **Branchentag der Finanzverwaltung am 28. November 2016 in Stuttgart** hingewiesen. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-

Gewerkschaft Thomas Eigenthaler sagte: „Immer mehr Steuerfälle, ein immer komplizierteres Steuerrecht und eine unzureichende EDV-Ausstattung prägen seit Jahren unseren Arbeitsalltag. Trotz aller Widrigkeiten sind wir leistungsbereit. Aber wir wollen, dass sich unserer hoher Einsatz auch in einer fairen Bezahlung niederschlägt und zwar sowohl bei den Tarifbeschäftigten wie auch bei den Beamtinnen und Beamten“. Man werde am Verhandlungstisch nicht betteln, sondern die Forderungen selbstbewusst und mit guten Argumenten vortragen. Angesichts hoher Steuereinnahmen in den Bundesländern werde man sich nicht abspesen lassen. Unter großem Beifall verwies Eigenthaler auf die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen: „Notfalls gehen wir auf die Straße, um unseren berechtigten Ansprüchen Nachdruck zu verleihen.“

Karl-Heinz Leverkus, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission und DSTG-Vize, hob einen weiteren zentralen Aspekt der Forderungsfindung hervor: „Die Bezahlung der Landesbeschäftigten muss mit denen des Bundes und der Kommunen schritthalten. Sollte die Tarifgemeinschaft der Länder auf ein weiteres Auseinanderdriften bei den Entgelten setzen, muss sie mit unserem nachdrücklichen Widerstand rechnen. Durch eine weiter verschlechterte Bezahlung verkommen die Landesverwaltungen gegenüber der Bundes- und Kommunalverwaltung zu einem sehr unattraktiven Arbeitgeber. Der Kampf um die Besten ist seit Jahren schon im vollen Gang und dazu gehört auch ein wettbewerbsfähiges Entgelt.“

Hintergrund:

Bei den Branchentagen treffen sich in ganz Deutschland die Beschäftigten der einzelnen Berufsgruppen, um mit dbb-Vertretern über die Situation in ihren Arbeitsbereichen und die Erwartungen an die kommende Einkommensrunde zu diskutieren. Die Ergebnisse der Gespräche fließen in die endgültige Forderung des dbb an die Arbeitgeber ein, die am 14. Dezember 2016 von den gewerkschaftlichen Gremien in Berlin beschlossen wird.

Anfang 2017 beginnen die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Davon werden insgesamt fast drei Millionen Beschäftigte betroffen sein: Rund 800.000 Arbeitnehmer der Länder (ohne Hessen), für die der TV-L direkte

Auswirkungen hat, sowie etwa 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. (03/45/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb berlin zum Koalitionsvertrag: Stellenwert des öffentlichen Dienstes ist gewachsen

(dbb) Der dbb berlin hat sich am 30. November 2016 erfreut gezeigt, dass der öffentliche Dienst im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung eine zentrale Rolle spiele. Das zeige den gegenüber früheren Jahren deutlich gewachsenen Stellenwert des öffentlichen Dienstes, stellte der dbb Landesvorsitzende Frank Becker fest. Auch die grundsätzliche Tendenz zur Konsolidierung und Modernisierung der Berliner Verwaltung sei positiv.

Der dbb berlin skizziert die wichtigsten Punkte des Koalitionsvertrages wie folgt:

- Entwicklung eines Personalbedarfskonzepts bis 2025
- Keine Personalabbauvorgaben (vorhandene werden aufgehoben)
- Jährlicher zusätzlicher Personalbedarf zwischen 5.000 und 6.000 Beschäftigten
- Erhöhung der Ausbildungsquote um mindestens 20 Prozent
- Übernahme aller im Verwaltungsdienst erfolgreich Ausgebildeten bei fachlicher und persönlicher Eignung
- Erleichterung von Quereinstiegen und stärkere Berücksichtigung beruflicher Erfahrung außerhalb des öffentlichen Dienstes in Besoldung und Vergütung
- Gegebenenfalls temporären Einsatz Externer
- Kampf um beste Köpfe mit gerechter Entlohnung und nicht monetären Anreizen wie berufliche Weiterentwicklung, familienfreundliche Arbeitszeiten und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern
- Personalentwicklung durch konsequente Umsetzung der Möglichkeiten

des Laufbahnrechts zu Aufstieg und Durchstieg

- Anpassung der Beamtenbesoldung bis 2021 an das Niveau der anderen Bundesländer
- Ersetzen des übergeleiteten Bundesbesoldungsgesetzes durch ein eigenes Berliner Besoldungsgesetz mit einer eigenen Besoldungsordnung
- Bündelung aller Zuständigkeiten für landesweite Personalthemen in der Senatsverwaltung für Finanzen

„An vielen Punkten sind die Aussagen und Vorstellungen allerdings noch nicht sehr konkret beschrieben. Insofern begrüßen wir insbesondere die von den Koalitionären angekündigte neue Beteiligungskultur“, sagte Becker. „Wir gehen jetzt davon aus, dass der dbb berlin kurzfristig zu den Themen, die den öffentlichen Dienst in Berlin betreffen, Gespräche mit den fachpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Regierungsfractionen führen wird, damit die generellen Aussagen möglichst bald in sachgerechte, konkrete Lösungen umgesetzt werden.“ (04/45/16)

Sachsen-Anhalt: Landtag beschließt „verfassungsgemäße Besoldung“

(dbb) Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 24. November 2016 ein Gesetz beschlossen, mit dem eine verfassungsgemäße Besoldung für die Landesbeamten hergestellt werden soll. Der dbb sachsen-anhalt bleibt bei seinem Vorwurf, dass die Maßnahmen nicht ausreichend seien



(dbb aktuell berichtete). „Das Gesetz ist nicht geeignet, die Unteralimentation für die Vergangenheit zu beseitigen und unter Berücksichtigung der Prognosen für die Zukunft eine verfassungsgemäße, faire und akzeptable Regelung zu erreichen. Besoldungsfrieden wird damit nicht hergestellt“, sagte der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt Wolfgang Ladebeck.

Die in dem Gesetz vorgesehenen Nachzahlungen für die Jahre 2008 bis 2012 sowie für das Jahr 2014 orientierten sich zu eng an den vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Vergleichsgrößen. Eine Regelung derart nahe an der Grenze zur Unteralimentation werde früher oder später erneut die Frage der verfassungskonformen Alimentation aufwerfen.

Mit dem Gesetz sei es zudem nicht gelungen, Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung für die Zukunft endgültig auszuschließen. Es stehe zu befürchten, dass bei jeder Änderung der Parameter, die Einfluss auf die Besoldung haben können, die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung erneut aufgeworfen werde.

Im Gesetzgebungsverfahren seien außerdem wichtige Hinweise des dbb Landesbundes nicht aufgenommen worden: Als Bemessungsgrundlage für die Nachzahlungen diene nur

das Grundgehalt, nicht jedoch die allgemeine Stellenzulage und der Familienzuschlag. Auch werde die Besoldung in 2016 - zusätzlich zur Besoldungsanpassung – nicht linear um mindestens 2,61 Prozent erhöht, wodurch ein „Sicherheitspuffer“ fehle.

Kritik übte der dbb Landeschef auch am Beteiligungsverfahren. Anders als in Sachsen, wo man ähnliche Probleme mit einer verfassungskonformen Besoldung gehabt habe, seien in Sachsen-Anhalt keine kooperativen Gespräche zum Gesetzentwurf geführt worden. Weder das zuständige Finanzministerium noch der Finanzausschuss des Landtages hätten es für nötig gehalten, mit dem dbb ergebnisoffen über den Gesetzentwurf jenseits von schriftlichen Stellungnahmen zu diskutieren.

(05/45/16)

Neufestsetzung der Erfahrungsstufen: DBB NRW rät Beamten zur individuellen Prüfung

(dbb) Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) hat am 25. November 2016 allen Landesbeamten empfohlen, einen Antrag auf erneute Festsetzung der Erfahrungsstufe in der Besoldungstabelle sorgfältig zu prüfen.

Hintergrund sei, dass die Stufenskala des NRW-Besoldungssystems seit dem 1. Juni 2013 nicht mehr auf dem Lebensalter, sondern auf Erfahrung beruhe. Alle zu diesem Zeitpunkt bereits im Dienst befindlichen Beamten seien im Wesentlichen „betragsmäßig“ in das neue System übergeleitet worden, könnten aber auf Grundlage des neuen Dienstrechtsgesetzes diese Einstufung erneut festsetzen lassen. Dies erfolge auf Antrag, der bis spätestens zum 30. Juni 2017 gestellt sein müsse und jeweils auf den Beginn des Jahres zurückwirke. Da nicht pauschal bewertet werden könne, ob

sich eine solche Antragsstellung lohne, werde eine individuelle Prüfung empfohlen.

Der DBB NRW begrüße zwar grundsätzlich die Möglichkeit der Neueinstufung. Es bestehe aber das Risiko einer Schlechterstellung, da eine „Günstigerprüfung“ gesetzlich ausdrücklich nicht vorgesehen sei. Entsprechend könne nicht ausgeschlossen werden, dass durch die Antragstellung eine Einstufung in eine niedrigere Erfahrungsstufe erfolge. Umso wichtiger sei die gründliche Prüfung im Einzelfall vor der Antragsstellung.

(06/45/16)

Thüringen: Gemeinsamer Einsatz der Gewerkschaften für Regelschullehrkräfte

Am 29. November 2016 haben Helmut Liebermann, Landesvorsitzender der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, und Kathrin Vitzthum, Landesvorsitzende der GEW Thüringen, die Landesregierung an den dringenden Handlungsbedarf bei den Besoldungsregelungen für Regelschullehrkräfte erinnert und zeitnahe Verbesserungen angemahnt. „In allen angrenzenden Bundesländern werden diese Lehrkräfte längst in A13 bzw. E13 eingruppiert. Wer den bereits jetzt

sichtbaren Mangel an Regelschulpädagogen abbauen und die Abwanderung in die anderen Länder vermindern will, muss für mehr Wertschätzung dieser Tätigkeit Sorge tragen“, heißt es in einem gemeinsamen Schreiben der Gewerkschaften an Bildungsministerin Birgit Klaubert und Finanzministerin Heike Taubert.

Die beiden Ministerinnen seien darüber hinaus aufgefordert worden, einen Gesetzentwurf samt Zeitschiene zur Umsetzung vorzulegen. Die Zeit dränge, denn das Verfahren zur Neueinstellung im Jahr 2017 müsse die verbesserte Besoldung bereits enthalten. Nur so könnten weitere Abwanderungen, unter denen neben den verbliebenen Lehrkräften auch die Schüler leiden, vermindert werden. Zudem machten die Gewerkschaften klar, dass die Verbesserung der Besoldung für Regelschullehrkräfte nur der erste Schritt für einen

attraktiven Lehrerberuf sein könne. Das auf Schüler, Eltern und Lehrkräfte zurollende Personalproblem an den Thüringer Schulen müsse in einem zweiten Schritt durch bessere Entwicklungsperspektiven und realisierbare Beförderungsmöglichkeiten an den Gymnasien und an den berufsbildenden Schulen gelöst werden. Dazu gehöre die Schaffung neuer Funktionsstellen in diesen Schularten in der Thüringer Besoldungsordnung A.
(07/45/16)

dbb Hessen warnt vor „Blauer Plakette“

(dbb) Der dbb Hessen hat vor drastischen Folgen für die Arbeit der öffentlichen Verwaltung durch die von der Landesregierung geplante Einführung der „Blauen Plakette“ gewarnt. „Hier geht es darum, Fahrzeuge, die nicht der sogenannten EURO-6-Norm entsprechen, aus Innenstädten verbannen zu können“, sagte der Vorsitzende des dbb Hessen Heini Schmitt am 28. November 2016 in Frankfurt. Die Landesbeschäftigten könnten ihre alten privaten Diesel-Pkw dann nicht mehr für Dienstreisen nutzen, wenn sie Innenstädte ansteuern müssten. „Angesichts der bestehenden Umweltzonen ist das für kleinere Dienststellen, die keine Dienstfahrzeuge haben, ein massives Problem“, so Schmitt.

Auch die Dienstfahrzeuge des Landes seien zu einem erheblichen Anteil mit Dieselmotoren bestückt, die der neuen Euro-6-Norm nicht entsprächen und dann auf Kosten der Steuerzahler umgerüstet oder ersetzt werden müssten. Als weitere Beispiel für die befürchtete Erschwernis nannte Schmitt die im Rahmen der Inklusion eingesetzten Förderschullehrkräfte,

die häufig an mehreren Schulen eingesetzt würden. Der dbb Hessen erwarte daher von der hessischen Landesregierung „Handeln mit Augenmaß“. Schmitt: „Das heißt, dass die kurzfristige Einführung der ‚Blauen Plakette‘ unterbleibt.“
(08/45/16)

VBE: Es fehlt ein bildungspolitisches Gesamtkonzept

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat Bund und Ländern vorgeworfen, keinen einheitlichen Plan in der Bildungspolitik zu verfolgen. „Dieser Flickenteppich hilft niemandem, ein Gesamtkonzept fehlt“, sagte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 25. November 2016 zu Medienberichten, wonach sich Bund und Länder auf ein 12,5 Millionen schweres Programm zur Begabtenförderung geeinigt haben. Es sei wichtig, jedes Kind individuell entsprechend seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten zu fördern. „Stattdessen wird Programm um Programm aufgelegt, dass diese oder jene Gruppe von Schülerinnen und Schülern fördert“, bemängelte Beckmann.

Dem Bericht zufolge soll das Förderprogramm zunächst an 300 Grund- und weiterführenden Schulen erprobt werden. Nach fünf Jahren soll das Programm dann an möglichst vielen Schulen eingeführt werden. Die Förderinitiative habe das Ziel, besondere Talente zu erkennen und Unterrichtskonzepte zu entwickeln, um die

besten Schüler nach ihren Interessen und Fähigkeiten zu fördern. „Anstatt Geld für die Entlastung und Unterstützung der Lehrer durch das Zusammenarbeiten in multiprofessionellen Teams auszugeben, werden Modellversuche finanziert. Wir brauchen nicht die Förderung

nur Einzelner, sondern jedes und jeder Einzelnen! Wir brauchen ein Gesamtkonzept, das

diesem Anspruch gerecht wird und auf Nachhaltigkeit angelegt ist“, sagte der VBE-Chef. (09/45/16)

Gesetz gegen Schwarzarbeit: BDZ fordert weitere Verbesserungen

(dbb) Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) fordert Nachbesserungen am Entwurf der Bundesregierung für das Gesetz zur Stärkung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung. Das hat der BDZ-Bundesvorsitzende Dieter Dewes am 28. November 2016 bei einer Sachverständigen-Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages deutlich gemacht.

Mit dem Gesetz sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Prüfungs- und Ermittlungstätigkeiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) und der zuständigen Landesbehörden verbessert sowie die Voraussetzungen für die Optimierung der informationstechnologischen Ausstattung der FKS geschaffen werden. Demnach sind neue IT-Verfahren, ein verbesserter Informationsaustausch mit dem Kraftfahrtbundesamt und ausgeweitete Ahndungsbefugnisse der Zollverwaltung bei sozialversicherungsrechtlichen Meldeverstößen vorgesehen. Der Entwurf sieht darüber hinaus neue Kompetenzen für die Schwarzarbeitsbekämpfungsbehörden der Länder vor.

Dewes begrüßte die Pläne grundsätzlich. Gleichzeitig sprach er sich aber für weitere Verbesserungen des Informationsaustausches aus, etwa über einen Online-Zugang für die FKS zu den Melde- und Gewerberegistern und eine Ausweitung des automatisierten Datenabgleichverfahrens mit der Bundesagentur für Arbeit. Der BDZ-Chef widersprach zudem der im Gesetzesentwurf vertretenen Auffassung, dass etwaiger Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln in der Zollverwaltung innerhalb der vorhandenen Kapazitäten und der verfügbaren Mittel aufgefangen werden könne. (10/45/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 23. November 2016 wurden die Verhandlungen über einen Entgelttarifvertrag für die Verwaltungsbeschäftigten der Pro Klinik Holding GmbH fortgesetzt. Der Arbeitgeber präsentierte dabei ein Angebot zum Abschluss eines Tarifvertrages. Für den dbb gilt es nun zu klären, ob der Entwurf des Eingruppierungssystems im Vergleich zur Eingruppierung im TVöD weitere Zugeständnisse zu Lasten der Mitarbeiter enthält, oder ob durch vergleichsweise günstigere Eingruppierungen für die Mehrheit der Beschäftigten eine Kompensation stattfindet. Die nächste Verhandlungsrunde ist für Mitte Januar 2017 geplant.

Tarifverhandlungen an Flughäfen: Am 28. November 2016 sind die Verhandlungen für die Sicherheitskräfte an den Verkehrsflughäfen in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland weitergeführt worden. Ein erstes Angebot des Arbeitgebers hat der dbb als unzureichend abgelehnt. Bereits am 24. November 2016 hat die zuständige dbb Verhandlungskommission die Forderungen für die anstehenden Verhandlungen für die Bodenverkehrsdienste am Flughafen Hamburg beschlossen: Neben einem

deutlichen Entgeltplus geht es auch um weitere inhaltliche Verbesserungen.

Nannette Seidler (DSTG) ist neue Landesvorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB). „Als Mitglied der Landesleitung habe ich in den letzten Jahren bereits viele Themen begleitet. Ich weiß, dass ich ein engagiertes und eingespieltes Team an meiner Seite habe. Insoweit bin ich überzeugt, dass wir die gute und konstruktive Zusammenarbeit des SBB mit Politik, Verwaltung und Gewerkschaften fortsetzen werden“, sagte Seidler, nachdem sie 23. November 2016 in Leipzig mit überragender Mehrheit gewählt wurde. Mit dem Wechsel ging auch die Nachwahl einer stellvertretenden Landesvorsitzenden einher: Cathleen Martin (DPoIG) wird ab sofort die Führungsspitze des Sächsischen Beamtenbundes vervollständigen.

Der **NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion** hat seine Beanstandung der bisherigen Aufgabenanalyse und -kritik für den öffentlichen Dienst (vgl. dbb aktuell Nr.43), die

im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgeschrieben ist, am 24. November 2016 erneuert. Der Versuch der Landesregierung, den derzeit unbefriedigenden Stand durch den tagesspolitischen Ereignisdruck zu rechtfertigen, sei gescheitert. Die Gesamtsituation bleibe daher „fatal, denn in der Folge werden wir erneut mindestens fünf Jahre verschenken, statt die Landesverwaltung insgesamt organisatorisch und personell auf die Beherrschung der internen und externen Folgen des Demografischen Wandels einzustellen“, sagte NBB-Chef Friedhelm Schäfer.

Der Gesetzentwurf des Bundesrates zur flexiblen Aufgabenübertragung in der Justiz war Thema eines Gesprächs zwischen der Bundesleitung der **Deutschen Justiz-Gewerkschaft** (DJG) und dem rechtspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Fechner am 10. November 2016. In dem Gesetzentwurf soll geregelt werden, ob und welche Aufgaben von Richtern auf Rechtspfleger beziehungsweise von Rechtspflegern auf den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle übertragen werden sollen. Die DJG forderte, dass dafür im mittleren Dienst die entsprechenden personellen Ressourcen bereitgestellt werden müssten, insbesondere vor dem Hintergrund notwendiger Fortbildung im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte.

Kommende Termine:

Europäischer Abend

Die Armee der Zukunft – Nationale oder europäische Aufgabe?

12. Dezember 2016, Berlin

Forderungsverkündung

Einkommensrunde 2017 für den öffentlichen Dienst der Länder

14. Dezember 2016, Berlin

dbb Jahrestagung 2017

Europa – Quo vadis?

8. bis 10. Januar 2017, Köln

Mehr Termine und Hintergrundinformationen unter: <http://www.dbb.de/presse/termine.html>

„Wir können das Testen aufgeben, wenn die Politik nicht bereit ist, massiv zu investieren, um den Schulen die Gelingensbedingungen zu geben, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen“, sagte **Udo Beckmann**, Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung, am 29. November 2016 mit Blick auf die Ergebnisse der Vergleichsstudie TIMSS, die das mathematische und naturwissenschaftliche Grundverständnis von Schülerinnen und Schülern am Ende der 4. Jahrgangsstufe in einem vierjährigen Rhythmus erfasst. Die zuletzt veröffentlichte Studie hatte in diesen Feldern Probleme deutscher Schüler im internationalen Vergleich ergeben. Beckmann bemängelte, dass aus den Ergebnissen nicht die richtigen Konsequenzen gezogen würden.

Toller Erfolg für die **dbb jugend nrw**: Für ihre in Zusammenarbeit mit der Digitalagentur gift-GRÜN aus Aachen gestarteten Kampagne „Gefahrenzone Öffentlicher Dienst“ wurden die jungen Gewerkschafter am 24. November 2016 mit einem Politikaward in der Kategorie „Kampagne für kleine Budgets“ ausgezeichnet. Mit der Kampagne hat die dbb jr nw auf die zunehmenden Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes hingewiesen.
(11/45/16)